



Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe.

Mittwoch, den 28. Februar 1883.

Nr. 98.

Deutschland.

Berlin, 27. Februar. Die Generalprobe zu dem am 28. stattfindenden Kostümfest zur nachträglichen Feier der kronprinzlichen Silberhochzeit wurde gestern Abend 7 Uhr im Weißen Saale des königlichen Schlosses abgehalten. Unter den Arkaden nach der Lustgartenstraße war eine Tribüne für solche Zuschauer und namentlich Zuschauerinnen errichtet, welche mit Karten versehen waren. Personen aus der Hofgesellschaft hatten auf der Straße an der Schlossfreiheit Platz gefunden, die Angehörigen der in den Zügen und Quadrillen mitwirkenden Damen auf der Tribüne an der Kapellenstraße. Ober- und Hausmarschall Graf Büdler, Hofmarschall von Perponcher, Ober-Zeremonienmeister Graf zu Burg im schwarzen Grad, Vize-Oberzeremonienmeister von Möder, Zeremonienmeister und Kammerherren in der kleinen Uniform überwachten die Arrangements.

Kurz vor 7 Uhr erschien Ihre Majestät die Kaiserin und nahm in einem Sessel in der Thüre Platz, welche an der Schlossfreiheit vom Weißen Saale nach der Kapelle führt. Die hohe Frau trug ein weißes Kleid mit dunkelrothem Besatz und einen weißen Hut. Sichliche Freude gab sich unter den Zuschauern kund über die fortgeschrittene Genesung der hohen Frau, welche sich in Haltung und Aussehen dokumentierte, obgleich die Kaiserin immer noch leidet und namentlich bei der vollen Regsamkeit des Geistes, die Hemmung an freier Bewegung des Körpers tief empfindet. Umgeben war die hohe Frau von ihren Damen. Es nahen ihr dann die Großherzogin von Baden, die Großherzogin von Mecklenburg-Schwerin, die Herzogin von Anhalt und die Herzogin Adelheid zu Schleswig-Holstein, der Prinz von Wales, die Großherzogin von Baden und Mecklenburg-Schwerin, der Erbprinz von Sachsen-Meiningen, welche einen Kreis um sie bildeten, zu dem sich auch später die Prinzessin Albrecht in ihrem prächtigen Kostüm gesellte, ehe sie sich an den Versammlungsort der am Zuge Theilnehmenden begab. Die Marmortreppen, die von der Kapellenstraße unter dem hohen Vestibül nach dem Weißen Saale führen, waren mit Teppichen belegt und überall Etablissemens von Sesseln für die Damen in Kostüm gemacht. Das Erscheinen Sr. Majestät des Kaisers im Weißen Saale war das Zeichen zum Beginn der Generalprobe, die im vollen Kostüm bei voller Beleuchtung stattfand.

Der Kaiser und die genannten hohen Herrschaften nahmen auf der Thronstraße an der Lustgartenstraße Platz. Die Züge und Quadrillen entwickelten sich aus der Thür, welche der Schlossfreiheit zunächst von der Kapellenstraße in den Weißen Saal führt, nahmen ihren Weg schräg über den Saal vor die Thronstraße hin, machten dann eine Schwenkung nach den Arkaden der Lustgartenstraße zu, um sich, die Theilnehmer am Zuge wenigstens, der Thronstraße gegenüber aufzustellen. So der Minnezug, der englische Zug, die englische Quadrille, die deutsche Quadrille, der Künstlerzug. Ihren Abmarsch nahmen sie dann nach der Bildergalerie, um zum Schluß in geschlossener Kolonne in einem Totalbilde vor der Thronstraße sich wieder aufzustellen. Die ganze Aufführung dauerte 1 1/2 Stunden. Zudem war eine ausführliche Schilderung des Festes vorbehalten, genüge für heute hier nur die Bemerkung, daß der königliche Hof wohl noch kein so großartiges Kostümfest gesehen hat, als dieses in einer Elite von Vornehmheit, Schönheit und Kraft der Stättlichkeit der Erscheinung, Reichthum und Pracht der Ausstattung, Geschmacks und Phantasie der produktiven künstlerischen Schaffenskraft. Alles, was die Kunst der Malerei in den dargestellten Zeitaltern geschaffen, was an schönen und edlen Persönlichkeiten im Bilde in den Gallerien Europas zerstreut sich vorfindet, schien hier im Weißen Saale in lebendigen Gestalten verkörpert. Der Eindruck war blendend, bezaubernd, großartig. Dabei ging die Generalprobe ohne Fehl vor sich, in musterhafter Ordnung. Nach dem letzten Aufmarsche lösten sich die Gruppen auf und aus der Generalprobe wurde ein Raut. Die Kaiserin hatte zum Schluß der Generalprobe den Saal verlassen, der Kaiser blieb noch eine Weile, um sich in heiterer, angeregter Stimmung unter den Gestalten der Vergangenheit zu bewegen, die mit dem vollen, frischen Leben der Gegenwart ihn umgaben. Nach der Kour wird bei Ihren Majestäten eine musikalische Soirée stattfinden, zu welcher lediglich die Fürstlichkeiten geladen sind und in welcher sich

der Künstler Graf Zichy auf dem Flügel produzieren wird.

— Die „Nordb. Allgem. Zeitung“ hat schon wieder an leitender Stelle eine Auseinandersetzung mit dem Zentrum:

„Wenn man in den Blättern der letzten Tage die jüngsten Schreiben des Papstes und die Note des Kardinal-Staatssekretärs an den preussischen Gesandten in Rom liest und damit den stenographischen Bericht der Budgetverhandlungen vom 23. vergleicht, so erkennt man über den Unterschied in der Sprache der Kurie und in der Sprache der Führer des Zentrums. Aus der wohlwollenden Höflichkeit, welche in jedem Wort des Papstes und seines Staatssekretärs enthalten ist, leuchtet der Wunsch nach Verständigung mit der weltlichen Gewalt hervor, wenn auch der Inhalt ihrer Schreiben darauf berechnet ist, die Bedingungen dieser Verständigung möglichst hoch und günstig für die päpstliche Seite auszubringen. In schroffem Kontrast hiermit tragen die Reden der Führer des Zentrums den Stempel zorniger Grobheit gegen die Minister der Königs und machen damit notwendig den Eindruck, daß man durch die herausfordernde Schärfe der Form der Regierung jedes Entgegenkommen abschneiden oder, was dasselbe ist, zu einer Demüthigung unter Scheltworten des Zentrums stemeln will.“

Es folgt dann ein längerer Angriff speziell gegen Windthorst wegen seines Auftretens bei einem einzelnen Punkte, wo man ihm nicht ganz Unrecht geben kann (die Behauptung des Ministers v. Gossler, daß die Minister Anfragen aus dem Hause mit Stillschweigen übergehen könnten), und der Artikel schließt mit dem folgenden:

„Herr Windthorst lebt nur vom Kampf und will denselben um jeden Preis. Das ergibt sich auch aus seiner bei früheren Agitationen und jetzt wieder ausdrücklich gethanen Aeußerung, daß bei Beendigung des Kirchenstreites ein zehnfach größerer Kampf entbrennen würde. So lange das Zentrum seiner Führung folgt, kann daher die Regierung auf Frieden nicht rechnen. Herr Windthorst würde immer ein neues Streitobjekt finden. Wie soll also da die Regierung dazu kommen, eine Annäherung an das Zentrum zu versuchen?“

Wie man sieht, ist da von einer Hoffnung, es könne der Regierung gelingen, das Zentrum von Herrn Windthorst zu trennen, nicht mehr die Rede. In der That berichtet auch die „Germania“, die von dem neuesten Angriff der „Norddeutschen“ noch nichts weiß:

„Von allen Seiten gehen der Zentrumsfraktion, theils zu Händen des Vorsitzenden Freiherrn von Schorlemer-Alst, theils zu Händen des Abgeordneten Dr. Windthorst schriftlich und telegraphisch von Vereinen, Versammlungen und einzelnen Personen Zustimmungsaussagen in Betreff des Verhaltens der Fraktion und deren Redner bei den Debatten über den Kulturetat zu. Alle diese Mittheilungen legen Zeugniß ab von der großen Begeisterung, dem frischen Muth, welche die katholische Bevölkerung durchdringen, namentlich aber auch davon, wie fest das Vertrauen der katholischen Wähler zu ihren gewählten Vertretern, trotz aller Versuche, dasselbe zu stören, begründet ist.“

— Der „Golos“, das Blatt, welches von allen russischen Zeitungen seit Jahren am erbittertesten gegen Deutschland auftritt, widmet den Militärbudgeten im deutschen Reichstage einen längeren Leitartikel, welcher Zeugniß davon ablegt, mit wie großer Freude im Auslande alle Versuche begrüßt werden, die erprobte deutsche Militärmacht zu erschüttern. Wenn dieser Freude Ausdruck gegeben wird in einem Lande, welches ein Drittel seiner Einnahmen für Militärzwecke verwendet und 800,000 Mann unter Waffen hält, so gewähren die bezüglichen Aeußerungen ein erwünschtes Interesse.

Das genannte Blatt sagt: „Die liberale Partei des deutschen Parlaments machte einen ernsthaften Versuch, das Anwachsen des Militarismus in Deutschland aufzuhalten, des Militarismus, welcher unter dem Vorwande, den Staat vor äußeren Feinden zu bewahren, denselben ausschließlich militärischen Zwecken unterordnet will.“ „Im Endresultat verblieb der materielle Erfolg dem Militarismus, der moralische dem Besiegten.“ „Die warmen und humanitätvollen Reden der Abgeordneten Richter, Schott u. A. waren von einem Wunsch befeuert: die den Staat zu

Grunde richtende Trennung der Armee vom Volke zu beseitigen.“ „Sie wünschen nicht, daß die Armee einen Staat im Staate bilde. Und in der That läuft es in Deutschland darauf hinaus.“ Weiter spricht der „Golos“ dann von der Bevorzugung des Adels und beschuldigt außer den Offizieren auch die altgedienten deutschen Unteroffiziere des Kastengeistes. Die die „berühmte Militärschule“ durchmachende Jugend werde so schlecht behandelt, die Lage eines „frischen“ Menschen in diesem Kastenzustande sei so unerträglich, daß „der Selbstmord eine gewöhnliche Erscheinung unter den Rekruten geworden, daß jeder Vater mit Gram der Zeit entgegenstehe, zu der sein Sohn in die Armee eintreten soll.“ „Das Parlament muß dem Volke zu Hilfe kommen, es muß aus der Armee eine gesellschaftliche, auf den Prinzipien der Humanität gegründete Institution schaffen.“

Schließlich wird der von der „Partei Richter“ gewünschte Mith das Lob gesungen, welche Einrichtung die Kriege zu einer seltenen, ausnahmsweisen Erscheinung machen werde.

Zu diesen Aeußerungen ist zu bemerken, daß der „Golos“ über die Erhöhung des russischen Militärbudgets um 10 Millionen und über die mit außerordentlichen, nicht publizierten Mitteln betriebene Herstellung von großartigen Lagerfestungen an der deutschen Grenze noch keine Leitartikel gebracht hat.

Die panslavistisch gefärbte Zeitung „Swet“, welche sonst nie mit dem „Golos“ übereinstimmt, spricht sich gleichwohl in ihrer Nummer vom 23. d. M. fast mit denselben Worten über die Militärbudgeten im deutschen Parlament aus und fügt noch hinzu: „Es wäre sehr zu wünschen, daß die deutsche Armee die zähe Geschlossenheit verliert, welche sie jetzt hat. Es würde dies vor Allem im Interesse des europäischen Friedens sein.“

— Der Petitionskommission lag eine Petition eines Handwerkerbundes vor. Es wurde aus dem Schooße der Kommission die Vorfrage gestellt, ob nach dem Wortlaut des Artikel 32 der Verfassung, wonach Petitionen unter einem Gesamtnamen nur Behörden und Korporationen gestattet sind, ein Handwerkerbund unter diese Bestimmung subsumiert werden könne. In der Kommission wurde mitgetheilt, daß bereits die Kommission des Herrenhauses beschloßen habe, da dieser Handwerkerbund weder eine Behörde, noch eine Korporation sei, die Verathung der Petition abzulehnen. Die Beschlusfassung über diese Frage wurde in der Petitionskommission des Abgeordnetenhauses vertagt. Ferner beschloß die Kommission mit der Petition des Breslauer Vorschußvereins, welcher bittet, ihn von der Zahlung der Gewerbesteuer zu befreien. Der Referent Abgeordneter Schmieder beantragte, die Petition der Regierung zur Erwägung zu überweisen; in der Kommission überwog jedoch die Anschauung, daß, da dieser Vorschußverein bei einem Umsatz von 40 1/2 Millionen jährlich Bank- und Wechselgeschäfte mache, deshalb die Petenten zurückzuweisen seien. Die Kommission beschloß mit dreizehn gegen sieben Stimmen zur Tagesordnung überzugehen.

— Die unter den einzelnen Fraktionen der Rechten der österreichischen Reichsraths-Majorität ausgenüßlich herrschende Uneinigkeit ist, wie es scheint, diesmal doch etwas enger zu nehmen. Ein Symptom dafür ist der Umstand, daß die gestrige Sitzung des Abgeordnetenhauses, in welcher die Generaldebatte des Budgets beginnen sollte, plötzlich geschloßen und die Etatberatung vertagt werden mußte. Der von dem Präsidenten Smolka angegebene Grund, daß die parlamentarische Untersuchungskommission zusammenzutreten müßte, fand wenig Glauben; es handelte sich offenbar darum, die widerwärtigen Klerikalen, welche vor Bewilligung des Budgets die Schulgesetznovelle unter Dach haben wollen, zu beruhigen. Daß unter diesen Umständen in Wien wieder vielfach Gerüchte von einer Kabinettskrise umgehen, ist begreiflich. Dieselben werden wohl aber auch diesmal weiter nichts bedeuten, als die Rechte zu erschrecken und zum Gehorsam zurückzuführen.

— Aus Böhmen wird wieder einmal von einer anti-deutschen Demonstration der Czechen berichtet. In Blansko fand ein Erzeß im Geiste des berüchtigten Kuchelbader Ueberfalls deutscher Studenten statt. Die czechischen Eisenbahnarbeiter in Blansko warfen den deutschen Bahnbeamten, welche für den deutschen Schulverein ein Fest veranstalteten,

die Fenster ein, so daß die Festtheilnehmer flüchten mußten.

— Die „Heilsarmee“ des William Booth, welche in England so viel von sich reden macht, hat vor einigen Wochen eine Abtheilung unter Führung von Miss Booth und Miss Charlesworth nach Genf geschickt, um dort neue Rekruten für das Heer der Seligmacher anzuwerben. Wie in den Straßen Londons suchten sie auch in der Stadt Calvin's durch phantastische Aufzüge, Ansprachen, Gebetsübungen Proselyten zu machen. Die Genfer Bevölkerung fand jedoch keinen Gefallen an derlei religiösem Unfug, die Offiziere der Heilsarmee, die Hallelujahmäddchen mußten wiederholt den thätlichen Insulten der Genfer Straßenjugend weichen, es kam an mehreren aufeinanderfolgenden Tagen zu ärgerlichen Ausbrüchen, so daß sich endlich die Genfer Polizei ins Mittel legte und die Hauptanführer der Heilsabtheilung, die Damen Booth und Charlesworth, über die Grenze bringen ließ. Daraufhin verlangte General Booth in London die Intervention der englischen Regierung, Earl Granville gewährte ihm eine Audienz, in welcher er eine Anzahl Punkte dem Minister zur Erwägung empfahl. Inzwischen hatte der englische Konsul in Genf, John Muldo, zu Gunsten von Miss Charlesworth interveniert, von dem Genfer Staatsrath aber die Antwort erhalten, er möge seine Beschwerde durch den englischen Gesandten in Bern vor den Bundesrath bringen. Die Beschwerde stützt sich auf den Vertrag zwischen der Schweiz und Großbritannien vom 6. September 1855, durch welchen den beiderseitigen Staatsbürgern gleiche Rechte bewilligt werden. Die Schweizer Behörden scheinen aber diese Bestimmung nicht auf das Verhalten anzuwenden zu wollen, welches Artikel 56 der Bundesverfassung nur Schweizer Bürgern gewährleistet. Ueberdies enthält die Genfer Kantonsverfassung keine Gewährleistung des Vereins- und Versammlungswesens weder für Bürger noch für Fremde. Wie verlautet, hat das englische Auswärtige Amt den Gesandten in Bern angewiesen, gegen die Ausweisung der Heilsoldaten Beschwerden zu führen. Mittlerweile halten Miss Booth und Miss Charlesworth dicht an der Schweizer Grenze auf französischem Boden inmitten einer katholischen Bevölkerung ihre Betübungen ab.

— Ueber eine dem Fürsten Reichskanzler seitens des Prinzen von Wales erwiesene Aufmerksamkeit wird der „N. A. Z.“ Folgendes mitgetheilt:

Bald nach der am Sonntag Abend erfolgten Ankunft des Prinzen in Berlin erschien ein Adjutant Sr. königlichen Hoheit, der Oberst Arthur Ellis, im Palais des Reichskanzlers, um der Frau Fürstin von Bismarck die Mittheilung zu überbringen, daß Graf Herbert Bismarck bei der Abreise des Prinzen von London auf dem Bahnhofe zugegen gewesen sei, und sich im besten Wohlbefinden befinde.

— Professor Dr. Dubois-Reymond, der Rektor der Universität, erklärt in einem an die „N. A. Z.“ gerichteten Schreiben, daß er den Ausdruck „menschliches Mutterthier“, der ihm höchst geschmacklos erscheine, wenn er auch wissenschaftlich unanfechtbar sei, seines Wissens nie gebraucht, jedenfalls aber nie gedruckt habe.

Ausland.

Brüssel, 25. Februar. Vorgestern Nachmittags war Graf de Villegas Saint Pierre, Bürgermeister des nahe bei Brüssel gelegenen Dorfes Ganshoren, mit einer Gesellschaft im Garten seines Schlosses bei einem Taubenschießen, als ein furchtbarer Knall erfolgte, der die umstehenden Gebäude erschütterte. Unweit in einem Graben an der nach dem Dorfe führenden Straße fand sich unmittelbar darauf ein Mensch, der entsehrlich verstümmelt und blutend dalag; der rechte Arm und das rechte Bein waren ihm zerrissen. Ein anderer Mensch ergriff die Flucht. Bald ergab sich, daß an der Stelle eine Dynamitbombe geplatzt sein mußte, denn auch mehrere Bäume am Grabenrande waren zersplittert. Nach einer Weile kehrte der Entflohene mit einem Wagen aus dem Dorfe zurück, um den schwer verwundeten Gefährten abzuholen. Er wurde sofort festgehalten und das Gerücht trat in Thätigkeit. Der tödtlich verwundete Paul Metayer liegt, wie die „Kölnische Zeitung“ mittheilt, besinnungslos im Saint-Jean-Hospital zu Brüssel. Bis jetzt ist ermittelt, daß er mit seinem Freunde Elvoet seit 14 Tagen in der Travestiere-Straße ein Zimmer des dritten Stockwerks bewohnt und mit 16 Fres. für

einen Monat vorausbezahlt hat, nur Mittags auf kurze Zeit ausgegangen und sonst stets zu Hause geblieben ist. Vorgestern Mittag sind beide zusammen fortgegangen, worauf sich dann der gemeldete Vorfall abgespielt hat.

Provinzielles.

Stettin, 28. Februar. In der gestrigen Sitzung der Stadtverordneten theilte zunächst der Vorsitzende Herr Dr. Wolff mit, daß Herr Mühlentzsch D. Schulz seinen Wohnsitz am 1. April nach Scheune verlegt und er daher genöthigt ist als Mitglied der Versammlung auszutreten und daß deshalb auch für dieses Mitglied eine Neuwahl nöthig ist; dieselbe soll zu derselben Zeit, als die Wahl für die ausgeschiedenen Mitglieder Herren Fischer und Schröder stattfinden. Die Beisitzer und Stellvertreter für den Wahlvorstand werden gewählt.

Wir wollen nun zunächst über den Gegenstand der Tagesordnung referiren, der deshalb das meiste Interesse verdient, weil in Folge desselben der bisherige Vorsitzende, Herr Dr. Wolff, sein Amt niederlegte, wir meinen die Beschlußfassung über den Antrag auf Verlegung der Sitzungen der Versammlung von Dienstag auf Donnerstag. In der Sitzung vom 16. Januar d. J. wurde, wie wir damals berichtet, dieser Antrag von zahlreichen Mitgliedern eingebracht und dem Magistrat zur gefälligen Aeußerung übergeben. Der Magistrat hat darauf erklärt, daß der Verlegung der Sitzungen seitens des Magistrats kein Hinderniß entgegenstehe. Bei der Finanzkommission, welcher demnach der Antrag zur Berathung vorgelegt wurde, war ein Schreiben des Vorsitzenden der Versammlung eingegangen, worin sich derselbe gegen die Verlegung der Sitzungstage aussprach und in Vorschlag brachte, lieber die Sitzungen der Finanzkommission von Montag auf Sonnabend zu verlegen, weil dadurch alle Schwierigkeiten gehoben würden. Bei einer Verlegung der Sitzungen auf Donnerstag würden alle Beschlüsse um zwei Tage hinausgeschoben, und da die Magistrats-Sitzungen am Mittwoch stattfinden, könnten die Beschlüsse des Magistrats über die Beschlüsse der Versammlung erst am nächsten Mittwoch stattfinden und unter einer solchen Verschiebung würden viele Vorlagen leiden.

Herr Dr. Scharlau als Referent ausführte, hat sich die Finanzkommission diesen Ansichten nicht angeschlossen. Dieselbe hält eine Verlegung ihrer Sitzungen auf Sonnabend nicht für möglich, da bis zu diesem Tage die Vorlagen nicht genügend vorbereitet sein können. Sie stellt deshalb den Antrag, die Sitzungen der Versammlung von Dienstag auf Donnerstag zu verlegen und vom Monat Mai ab diesen Beschluß in Kraft treten zu lassen.

Herr Dr. Wolff, welcher während der Berathung dieser Vorlage den Vorsitz an den Schriftführer Herrn Mühlentzsch abgegeben hatte, beabsichtigt dann in längerer Rede seinen Standpunkt zu dem Antrage. Er tadelt die Art und Weise der Einbringung desselben. Es handelte sich um einen Antrag, der für die Geschäfts-Ordnung von großer Bedeutung war, trotzdem seien vor der Einbringung desselben die Antragsteller weder mit dem Vorsitzenden, noch mit dem Bureau in Berathung getreten. Dies beruhe wohl nur auf einer Vergesslichkeit derselben, aber diese Vergesslichkeit beruhe fonderbar. Ebenso sei das Verhalten der Finanzkommission in dieser Sache gewesen. Das Schreiben des Redners an dieselbe habe eine ausführliche Begründung seiner Ansicht gebracht, während die Antwort der Finanzkommission nicht die geringste Begründung enthalte. Dies beruhe wohl auch nur auf einer Vergesslichkeit, aber diese Vergesslichkeit habe bei ihm so viel Ueberraschung erweckt, daß er sich die Frage vorlegen mußte, ob er unter diesen Umständen als Vorsitzender noch die Stellung einnehme, die für die Verhandlungen der Versammlung erspriesslich sein könne. Die Beantwortung dieser Frage mache er abhängig von dem Votum der Versammlung über den Antrag der Finanzkommission. Er bittet, diesen Antrag abzulehnen.

Nachdem Herr Dr. Scharlau das Verhalten der Finanzkommission in Schutz genommen, beantragt Herr Direktor Meyer die weitere Berathung der Vorlage zu vertagen, da die Versammlung nicht genügend besucht ist.

Herr Reich empfiehlt den Meyer'schen Antrag umsomehr zur Annahme, als die beiden Vorsitzenden der Finanzkommission, welche das Antwortschreiben dieser Kommission an Herrn Dr. Wolff unterzeichnet haben, die Herren Dr. Amelung und Greffrath, in der Versammlung nicht anwesend seien, um ihrerseits Erklärungen abzugeben.

Herr Dr. Wolff bittet, den Meyer'schen Antrag nicht anzunehmen, da die Erklärungen der Herren Dr. Amelung und Greffrath nichts an seinem Entschluß ändern könnten. Er sei weit lieber sprechendes Mitglied, als nicht sprechendes leitendes Mitglied der Versammlung. Er habe es s. Z. sich zur großen Ehre angerechnet, daß er zum Vorsitzenden gewählt wurde, aber diese Ehre sei zweifelhaft nach den Vorgängen der letzten Zeit. Er habe sich bereits die Frage wegen Niederlegung des Amtes als Vorsitzender wiederholt vorgelegt, da die Versammlung ihm als Vorsitzenden resp. dem Bureau wiederholt durch seine Abstimmungen Mißtrauen gezeigt habe.

Bei der demnachst vorgenommenen Abstimmung wird der Meyer'sche Antrag angenommen und legt in Folge dessen Herr Dr. Wolff sein Amt als Vorsitzender nieder.

Nachdem Herr Reich über diesen Entschluß desselben sein aufrichtiges Bedauern ausgesprochen

hatte, übernimmt der stellvertretende Vorsitzende Herr Dr. Scharlau den Vorsitz.

Ueber die Vorlagen betr. Abänderung der Straßenbau-Polizeiordnung vom 9. Septbr. 1880 und die Genehmigung der Grundsätze über die Heranziehung der Bauunternehmer und Abjaganten zu den Herstellungskosten der Straßen nach dem Ortsstatut vom 26. Novbr. und 18. Dezbr. 1876 referirt Herr Hofrichter: Veranlassung zu diesen Vorlagen habe zunächst der Umstand gegeben, daß sich die Sandsteinplatten zur Trottoirlegung in letzter Zeit nicht bewährt haben. Nicht nur, weil sich auf denselben bei Regenwetter der Schmutz sehr anammelt, sondern auch, weil sich dieselben ungleichmäßig und stark abnutzen. Die Baudeputation hatte in Folge dessen schon Einschränkungen auf abschüssigen Straßen angeordnet, es hatte sich aber gezeigt, daß mehrere Punkte der bisherigen Straßenbau-Polizeiordnung der Abänderung bedürfen und eine Verschärfung der Bestimmungen vorgenommen werden müsse, um eine Verbesserung der Straßen im Allgemeinen und zugleich einen Ausgleich der Bestimmungen bei älteren Häusern und den neu erbauten herbeizuführen. Was die Grundsätze über die Heranziehung der Bauunternehmer und Abjaganten betrifft, so empfiehlt der Referent im Prinzip die Zustimmung zu denselben, doch sei ihm ein rechtliches Bedenken aufgefallen, ob die Stadt berechtigt sei, Abjaganten und Bauunternehmer zu den Kosten der Gasbeleuchtung heranzuziehen, ohne daß eine Aenderung des Orts-Statuts herbeigeführt würde, weil die Abjaganten nach dem letzteren nur zur Beschaffung und Aufstellung von Petroleumlampen verpflichtet seien. Referent empfiehlt die Annahme der Grundsätze mit einigen redaktionellen Aenderungen und mit dem Antrage den Magistrat zu ersuchen, eine Aenderung des Orts-Statuts, falls dies nöthig sei, vorzubereiten.

Die Grundsätze werden auch demnachst en bloc angenommen, ebenso die Vorschläge zur Abänderung der Straßenbau-Polizei-Ordnung vom 9. Septbr. 1880. (Ueber die Grundsätze und die vorgeschlagenen Abänderungen berichten wir in einer der nächsten Nummern ausführlich. D. Red.)

In der Sitzung vom 30. Januar d. J. lag der Versammlung bereits ein Antrag auf Genehmigung der an der Birkenallee, Grabowerstraße und Brangelstraße projektierten Aenderungen der Baufluchtlinien vor, die Vorlage wurde aber damals nochmals an den Magistrat zurückgegeben, weil sie nicht klar genug erschien. Dieselbe Vorlage liegt heute wieder vor. Herr Bauunternehmer Karge, welcher das Terrain an der Birkenallee und Grabowerstraße angekauft und parzellirt hatte, war durch den mit dem Magistrat abgeschlossenen Vertrag verpflichtet, vor seinen Grundstücken 5 Mtr. breite Vorgärten anzubringen, während ein anderer Bauunternehmer in derselben Straße nur 3 Mtr. breite Vorgärten anzulegen brauchte. Herr K. fühlte sich dadurch benachtheiligt und ersuchte den Magistrat, ihm dieselbe Vereinstzung zu gewähren. Da es sich hierbei nicht darum handelt, daß Herr K. die Baufluchtlinie um 2 Mtr. überschreitet, sondern vielmehr an der früheren Baufluchtlinie nichts geändert wird, hat sich der Magistrat entschlossen, dem Gesuch Folge zu geben und auch die Versammlung beschließt demgemäß.

Von einer Anzahl Bewohner vor dem Berliner Thor sind an den Magistrat und die Stadtverordneten-Versammlung Beschwerden über den Zustand des Platzes vor dem Berlinerthor geführt worden und um Abhilfe gebeten. U. A. war von den Petenten gerügt, daß bei Regenwetter die Trottoirplatten an der Seite des Platzes stets überfluthet sind; dagegen ist nach Auskunft des Magistrats keine Abhilfe zu schaffen, da das Terrain zur Seite des Trottoirs fiskalisches Besitzthum ist. Von den übrigen Punkten des Gesuches hatte sich der Magistrat nur für Herstellung eines zwei Meter breiten Plasterstreifens von der Elisabeth- und Passauerstraßen-Ecke bis zur Berlinerthor-Passage ausgesprochen und schlägt vor, dafür die Summe von 720 M. zu bewilligen. Die Bewilligung wird ausgesprochen, zugleich ein von der Finanzkommission gestellter Antrag angenommen, den Magistrat zu ersuchen, auch über die übrigen, theilweise begründeten Klagen der Petenten in Berathung zu treten und besonders ausreichendere Baumanpflanzungen auf dem Platz und bessere Umhüllungen der dort aufgestellten Bedürfnisanstalt in's Auge zu fassen und darüber eine Vorlage auszubereiten. Herr Dr. Dohren macht bei dieser Gelegenheit darauf aufmerksam, daß die Beschaffenheit des Bodens so ungünstig ist, daß eine gedehnte Entwidlung der dortigen Baumanpflanzungen nur dann möglich sei, wenn der jetzige Reimboden auf einige Fuß abgehoben und durch Mutterboden ersetzt würde.

Die Verhandlungen wegen Regulirung der Besitzverhältnisse des von der Steinstraße zur Blumenstraße führenden Weges zwischen dem Magistrat und der Logen-Gesellschaft haben keinen befriedigenden Abschluß gefunden, da die Logen-Gesellschaft schließlich auf weitere Verhandlungen nicht einging. Die Versammlung nimmt davon Kenntniß, und verzichtet auf weitere Zwangsmaßregeln in dieser Sache. — Zum Schiedsmann für den 8. Bezirk wird Herr Hauptlehrer Rujch (Johannisschule) gewählt. — Der Austausch einer 4069 Qm. großen Wiesenparzelle im Blochhaus-Revier gegen eine fiskalische Wiesenparzelle wird genehmigt, ebenso die Prolongation des Vertrages über die Vermietung der Kaserne Nr. 50—51 am Paradeplatz auf drei Jahre an den bisherigen Miether, Herrn Rietow, für die alte Jahresmiete von 400 M., die Prolongation des Vertrages über die Vermietung des Holzhauses Nr. 1 vor dem Ziegeltor auf 1 Jahr für die alte Pacht von 2700 M. und die Aus-

leihung von 13,500 M. aus dem Mitteln des Jageteufelschen Kollegiums auf das Grundstück Galswiese Nr. 25. — Für Reiseauslagen und Diäten für Anfertigung der Inventarien in den städtischen Förster-Wohnungen werden 107 M. 55 Pf. bewilligt.

Von den Berichten über die Prüfung der Johannis-Kloster-Kassen-Rechnung pro 1881—82, der Notatenbeantwortung gegen die Salingre-Stifts-Kassen-Rechnung pro 1881—82 und über zwei Kämmerer-Kassen-Revisions-Protokolle wird Kenntniß genommen, ebenso von der Nachweisung von den in der Zeit vom 1. Oktober bis Ende Dezember 1882 nachbewilligten Beträgen, welche im Ordinarium 25,110 M. 38 Pf., im Extra-Ordinarium 13,635 M. ausmachen. Außerdem werden 3791 M. 82 Pf. an Staatsüberschreitungen bei der Verwaltung der Wasserleitung im Rechnungsjahr 1881—82 nachbewilligt.

Von dem Magistrat ist ein Schreiben eingegangen, worin darauf aufmerksam gemacht wird, daß bei den Wahlen der Vorsteher der Sparcasse, ebenso wie bei den Wahlen der Stadt-Schul-Kommission, nicht ganz bestimmungsmäßig verfahren sei, die Vorsteher müßten auf so lange gewählt werden, als sie Mitglieder der Versammlung sind und das Bürgermitglied auf die Dauer von 6 Jahren. Die Versammlung beschließt demgemäß, die Wahldauer der Herren Diesner und Greffrath als Vorsteher und die des Herrn Kaufmann C. F. W. Walter als Bürgermitglied auf diese Zeit zu verlängern. — Nach den Vorschlägen des Magistrats wird das Gehalt für den neu zu wählenden Direktor der Friedrich-Wilhelm-Schule auf 6000 Mark und 15 Prozent Wohnungsgeldzuschuß event. freie Wohnung festgesetzt.

Ueber ein Gesuch um Gewährung einer Prämie für das Legen von Granitplatten vor dem Hause große Bollweberstraße 64 wird zur Tagesordnung übergegangen.

Die Deputation des pommer'schen Husaren-Regiments (Blücher'sche Husaren) Nr. 5, dessen Chef bekanntlich der Prinz von Wales geworden ist, wurde gestern zunächst vom Kronprinzen, an dessen Seite sich Prinz Wilhelm befand, empfangen. Der Kronprinz bemerkte zu den Herren der Deputation, daß ihm die Blücher-Husaren als Statthalter von Pommern und ehemaligem Kommandeur des 2. Armee-Korps gar wohl bekannt seien, wenn auch die Offiziere des Regiments seit seiner letzten Inspektion gewechselt. Währendem trat der Prinz von Wales in der rothen Paradeuniform des Regiments in das Audienz-Zimmer ein. Nachdem der Kronprinz die Offiziere seinem fürstlichen Schwager vorgestellt, überreichte Oberst von Thiele den Stärkerapport, worauf der Prinz von Wales sich dahin äußerte, er wisse die Ehre, die ihm der Kaiser durch die Verleihung gerade dieses Regiments zu Theil werden ließ, in vollstem Umfange zu würdigen; wenn ihm auch gegenwärtig noch nicht vergönnt sei, das gesamte Offiziercorps kennen zu lernen, so hege er die feste Absicht, das Regiment binnen Kurzem zu besuchen.

Wir machen unsere Leser besonders noch darauf aufmerksam, daß das Konzert des Schützen-Musikvereins statt Donnerstag, den 1. März, schon heute, Mittwoch Abend, stattfindet, da Herr Hofopernsänger Ernst zum Donnerstag zu dem am kaiserlichen Hofe in Berlin stattfindenden Konzerte befohlen ist.

Der 14. deutsche nautische Vereinstag, der am Montag in Berlin eröffnet wurde, beschäftigte sich in seiner ersten Sitzung u. A. mit einem vom Verein zu Barth angeregten Antrag, betr. die Auslegung eines Feuerschiffes auf der Oderbank. Der Vereinstag beschloß auf Antrag des Berliner Vereins: Den Reichskanzler zu ersuchen, 1) die Mittel zur Auslegung eines Feuerschiffes mit Nebeldampf-Signallapparat, westlich der Oderbank, etwa in 54° 11,6' nördl. Breite und 14° 21,2' östl. Länge von Greenwich, in den nächstjährigen Etat einzustellen und die baldige Auslegung zu veranlassen; 2) schon jetzt bei dem Bau eines Feuerschiffes darauf Bedacht zu nehmen, daß eine Anzahl Loosten für Seewindmühle auf dem Schiffe stationirt werden können; 3) in Erwägung zu ziehen, eine Haupt-Loostenstation auf die Greifswalder Die zu verlegen und diese mit dem Festlande telegraphisch zu verbinden.

Nach einem Erlaß des Herrn Ministers Maybach sollen die eisernen Brücken im Lauf der Chausseen und über Straßen von jetzt an regelmäßig untersucht werden. Soweit bisher schon Untersuchungen stattgefunden, beschränkten sich dieselben meist auf den Delfarbe-Anstrich und etwaige Rostflecke; nur die Eisenbahn-Verwaltungen pflegten gründlicher zu verfahren. In Zukunft sollen die Ober-Präsidenten aber die ihnen untergeordneten Behörden anweisen, vor Allem auch die Festigkeit der Brückenbauten durch zuverlässige Techniker in bestimmten Zeiträumen aufs Sorgfältigste prüfen zu lassen, da sich herausgestellt haben soll, daß selbst Arbeiten aus renommirten Werken in verhältnismäßig kurzer Zeit bereits bedenkliche Mängel aufgewiesen haben.

Herr C. F. S. Schulz, in Firma „Stettiner Lloyd, C. F. S. Schulz“, hat einen Rettungsapparat konstruirt, der geeignet sein soll, bei Schiffsunfällen den Verlust von Menschenleben nach Möglichkeit zu verringern. Der Apparat ist eine Art Floß und besteht aus zwei Metall-Zylindern, welche mit einander verbunden und mit einer Anzahl Schleifen aus dünnem Tauwerk versehen sind, durch welche letzteren man den ganzen Arm stecken kann, so daß der Körper unter der Achsel gehalten wird. Bekanntlich ist das Gewicht eines Menschen im Seewasser fast gleich Null, so daß es nur einer geringen Tragkraft bedarf, denselben über

Wasser zu halten. Die einzelnen Zylinder sind noch in verschiedene wasserdicke Räume getheilt, so daß selbst nach Verletzung eines oder mehrerer derselben die Tragkraft nur im Verhältniß vermindert wird; außerdem sind die Zylinder rund herum mit Holzleisten und an den Enden mit hölzernen Schutzböden versehen, so daß einer Beschädigung der Metall-Zylinder nach Möglichkeit vorgebeugt ist. Während es bei Unglücksfällen oft seine Schwierigkeiten hat, Bote abzusetzen, und letztere, wenn zu Wasser, auch noch häufig kentern, so daß dieselben ihren Zweck nicht erfüllen, können diese Rettungsflöße, von denen Herr Schulz eine Anzahl für die „Katte“ anfertigen ließ, durch zwei Leute leicht über Bord geworfen werden, wobei es gleichgültig ist, auf welcher Seite das Floß zu Wasser kommt; im höchsten Nothfalle können die zu Rettenden auch an Deck bleiben und sich am Floß befestigen, und schwimmen dann ab, wenn das Schiff unter ihnen wegsinkt. Bei der großen Frequenz, welche heute zu Tage auf allen Meeren herrscht, in der Nähe von Küsten und bei Kollisionen ist fast immer auf baldige Rettung zu rechnen, wenn man sich nur einige Zeit über Wasser halten kann; und dies zu erzielen, dürften diese Flöße ganz besonders geeignet erscheinen. Jedes Floß ist mit einer Flagge versehen, um schon in größerer Entfernung bemerkt werden zu können. Die „Katte“ dürfte somit das erste deutsche Dampfschiff sein, welches solche Rettungsflöße mit sich führt; — möchte das Beispiel bald überall Nachahmung finden. Herr Schulz hat die Absicht, das Floß auch dem Publikum zur Befestigung freizugeben und es letzterem zu überlassen, eine kleine Gabe in die Büchse der Deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger hineinzulegen.

Kunst und Literatur.

Theater für heute. Stadttheater „Die Sorglosen.“ Lustspiel in 3 Akten.

Vermischtes.

(Sprechende Hunde.) Dem „Science“ zufolge besteht ein Herr Roujanmont-Ferrand einen Hund (Setter), der allmählich diese Flöße ganz besonders geeignet erscheinen. Jedes Floß ist mit einer Flagge versehen, um schon in größerer Entfernung bemerkt werden zu können. Die „Katte“ dürfte somit das erste deutsche Dampfschiff sein, welches solche Rettungsflöße mit sich führt; — möchte das Beispiel bald überall Nachahmung finden. Herr Schulz hat die Absicht, das Floß auch dem Publikum zur Befestigung freizugeben und es letzterem zu überlassen, eine kleine Gabe in die Büchse der Deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger hineinzulegen.

(Gutes Punsch-Rezept.) „Daily Telegraph“ veröffentlicht — leider erst nach Schluß des Karnevals — die Anleitung eines trischen Getränkes, wie man guten Punsch herzustellen habe. „Man nimmt eine gewisse Menge Zucker, einen Zitronensaft und gießt eine Flasche Rum darüber. Jeder Tropfen heißen Wassers, der dazu vermischt das Getränk.“

Telegraphische Depeschen.

Wien, 27. Februar. Der Finanzminister hat im Reichsrathe eine Vorlage zur Deduktion des Budgets des Jahres 1883 eingebracht, welches die Nothstandsbaute in Tirol nach dem Budget des Budget-Ausschusses 32,270,291 M. beträgt. Die Vorlage beantragt die Emission von 16 Millionen 5prozent. Papierrente, während der Rest den Kassenbeständen entnommen werden soll, welche so reichlich vorhanden sind, daß die beabsichtigte Emission ohne Schädigung der Finanzgebarung möglich ist.

In diesem Frühjahr wird ein Eisenbahn-Telegraphen-Regiment errichtet, dessen Etap nach Korneuburg kommen soll.

Rom, 26. Februar. Das nächste Konsistorium ist auf die Woche vor Palmsonntag festgesetzt worden.

Rom, 27. Februar. (S. I.) Seit vier Tagen wahren bereits in Catania (auf Sicilien) arge Tumulte wegen der Differenzial-Eisenbahntarife für Schwefeltransporte zu Gunsten Messina. Die Zerstörung der Eisenbahn wurde versucht; die Löden sind geschlossen, die Geschäfte floden, die Truppen wurden verlärt. Spezialdepeschen des „Bracassia“ melden: General Pallavicini aus Palermo ist in Catania eingetroffen mit dem Befehl, falls es erforderlich sei, den Aufruhr gewaltsam zu unterdrücken. Auch die Panzerregate „Ancona“ ankert im Hafen von Catania. Vierzig Verhaftungen wurden vorgenommen. Unter den Verhafteten sind wohlhabende angesehenere Persönlichkeiten, die Aufregung soll in Catania hochgradig sein. Gestern wurden in Neapel 560 Verhafteter mit 48 Offizieren nach Catania eingeschifft.

London, 26. Februar. Das Unterhaus lehnte mit 133 gegen 15 Stimmen das Amendement Bannell's zur Adressdebatte ab. Die Adressdebatte wurde alsdann vertagt.

Newyork, 26. Februar. Durch den Haftbefehl gegen den der Iphelinahme an den Dubliner Morden verdächtigen Sheridan ist die Frage angeregt, ob derselbe seitens der Vereinigten Staaten an England ausgeliefert werden muß. Die Frage wird durch einen Kommissar der Vereinigten Staaten geprüft. Von dieser Entscheidung wird die Auslieferung abhängig gemacht.

Newyork, 26. Februar. Benjamin ist zu amerikanische Gesandten für Persien, William Dorr Mann zum Gesandten in Dänemark ernannt worden.